

# Zum Buch

30 Jahre nach dem Mauerfall, der das Ende der DDR einläutete und zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vor nunmehr ebenfalls 30 Jahren führte, wird dieser Band in der Reihe der Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin veröffentlicht. In ihm sind Beiträge versammelt, die größtenteils auf Vorträge anlässlich einer internationalen Tagung zurückgehen, die von der Leibniz-Sozietät im September 2019 in Berlin veranstaltet worden ist.

Als das letzte größere Jubiläum des Mauerfalls im Jahre 2014 gefeiert wurde, stellte der Historiker Thomas Lindenberger in einem Fazit zur DDR-Forschung fest, dass nahezu alle Wissensfelder zur DDR-Geschichte bearbeitet und die DDR „zu einer, wenn nicht der am dichtesten und gründlichsten erforschten Regionen der Weltgeschichte nach 1945“ gehöre. Gleichwohl gestand er zu, dass die DDR noch nicht „ausgeforscht“ sei: „Was mehr denn je das Innovative in der Forschung ausmacht, ist nicht das einzelne Untersuchungsobjekt, sondern die wissenschaftliche Fragestellung und mit ihr das über die SBZ und die DDR hinausgehende Erkenntnisinteresse“. Aus den Gegenwartsinteressen gilt es Fragestellungen abzuleiten“, die so noch nicht an die Untersuchungsgegenstände der DDR-Forschung herangetragen worden sind.“ (Lindenberger 2014)

Zu den wichtigsten Trends der DDR-Forschung zählen bislang vor allem politikwissenschaftliche Untersuchungen, die in der Bundesrepublik schon lange auf die Geschichte der SED und – im Zeichen des Totalitarismus-Ansatzes – auf ihre Herrschafts- und Repressionsstrategien zielten (vgl. Lozek 1998: 384f.). Auch Fragen zu den sozialen und kulturellen Beziehungen wurden mit dem Blick auf eine umfassende Überformung durch die führende SED und den ihren Interessen gefügig gemachten Staatsapparat gestellt. Herrschaftsdesign und Herrschaftsgeschichte der DDR stehen insofern im Zentrum, auch wenn es um mikro- und erfahrungsgeschichtliche Herangehensweisen geht.

In Arbeiten zur Alltagsgeschichte wurde vor allem „die Rekonstruktion sozialer Beziehungen unterhalb und außerhalb des vom SED-Staat vorgegebenen institutionellen Rahmens“ untersucht. Bei diesem Fokus wurden häufig jene von den „Machthabern selbst proklamierten Standards“ (Schlögel 1994: 59) zum problematischen Maßstab für die Erkenntnis einer DDR-Gesellschaft erhoben, die die einen nicht mehr verstanden, die anderen nicht wirklich kannten.

Worum geht es vor diesem Hintergrund in unserem Band und welche zentralen Fragestellungen verbinden sich für uns Herausgeberinnen mit dem gewählten Thema?

Der Titel der Tagung „Die DDR als kulturhistorisches Phänomen zwischen Tradition und Moderne“ verweist mit einer Begrifflichkeit, die in einem

bürgerlich-kapitalistischen Kontext entstanden ist, auf eine neue Vergleichsperspektive: Kapitalismus und Kommunismus sollen nicht länger nur unter dem Aspekt ihrer Gegensätzlichkeit betrachtet, sondern können in größere geschichtliche Zusammenhänge eingebettet werden. Politische Formen von Demokratie und Diktatur, die kapitalistischen und sozialistischen Industriezivilisationen und auch die jeweiligen Kulturnationen können und sollen damit in ein neues Verhältnis gesetzt werden. Die Frage nach der Moderne ruft dabei zugleich Debatten auf, die nicht länger die westliche Moderne und damit ein Selbstverständigungsmodus von Geschichtlichkeit als Norm und Modell für die Welt verstehen. Die interkulturellen Diskurse um plurale Moderneformen bilden den theoretischen Hintergrund für die Frage: Wie modern war die DDR? Dies gilt, auch wenn in der Zeit der Systemkonfrontation ein Wettbewerb in Gang gesetzt worden ist, in dem gerade auf deutschen Boden der Vergleich zwischen Deutschland Ost und West in allen Sphären der Gesellschaft wirkmächtig geworden war und der „deutsche Westen“ z.T. als Maßstab für politischen und wirtschaftlichen Erfolg und als Vorbild für Lebensweisen über westliche Medien und familiäre Bindungen in der Alltagswelt präsent waren. Hinter der Thematik „DDR als kulturhistorisches Phänomen“ wird somit auch eine Besonderheit der DDR sichtbar: Da die Systemkonkurrenz in Deutschland auf dem Boden einer geteilten Nation ausgetragen wurde, war hier das „Epizentrum des Kalten Krieges“ (vgl. Kershaw 2019) entstanden. Als Kulturnationen standen deshalb beide Teile Deutschlands in einem unentwegten Kampf um die Deutungshoheit über ein gemeinsames humanistisches Erbe. Die Formel des „kulturhistorischen Phänomens“ verweist also nicht einfach nur auf eine Untersuchungsperspektive, sondern auch auf den besonderen Stellenwert von Kultur im Gesellschaftsexperiment der DDR.

Der Band lässt sich in verschiedene thematische Schwerpunkte gliedern: Am Anfang steht mit dem Beitrag des Kulturwissenschaftlers Dietrich Mühlberg zum einen die Frage nach der kulturgeschichtlichen Selbstverortung der DDR im Zentrum. Zum anderen wird an eine vergessene Tatsache erinnert: In der DDR entstand 1963, also vor dem berühmten Birmingham Center, der weltweit erste kulturwissenschaftliche Studiengang. Dietrich Mühlberg, der als Nestor der Kulturwissenschaft in der DDR gelten kann, gibt nicht nur Einblicke in historische Voraussetzungen, Zielsetzungen, Profil und praktische Ergebnisse dieser Forschungen. Er eröffnet den Band auch mit einer Diskussion über die Frage der Moderne in der DDR vor dem Hintergrund aktueller globaler Herausforderungen.

Es folgt sodann ein Komplex von Beiträgen, der die große Bedeutung bestimmter Motivationen im gesellschaftlichen Miteinander thematisiert, zu dem auch der Antifaschismus als Gedenken an den aktiven Widerstand gegen

den Faschismus und als Staatsideologie gehört. Der Historiker und Germanist Mario Keßler geht in seinem Beitrag dem keineswegs ausgeforschten Verhältnis zwischen Ost- und Westemigranten in der SED-Gründergeneration nach. Einerseits waren sie durch einen tieferen Antifaschismus geeint, andererseits aber gerieten sie in einen zunehmenden Dissens über die Beziehung zwischen Demokratie und Sozialismus. Wenn diese Westemigranten (Kantorowicz, Bloch, Mayer u.a.) nicht die DDR verließen, zogen sie sich unter dem Dauerverdacht einstiger Mitstreiter in eine tragische „Gemeinschaft des Schweigens“ zurück, die ihren Ausdruck auch in der Widersprüchlichkeit des DDR-Antifaschismus findet.

Der Kulturwissenschaftler Frank Thomas Koch erschließt in seinem Beitrag bestimmte „Existenzformen des Jüdischen“, die sich sowohl auf Individuen und Gruppen wie auf materielle Zeugnisse (Friedhöfe, Synagogen u.a.) beziehen. Ausgehend von der nach 1990 einsetzenden Vergleichsdebatte um den Antisemitismus in beiden Nachkriegsnationen, arbeitet Koch DDR-spezifische Konfliktfelder heraus. Zum einen wurde Antisemitismus durch einen offiziellen Antifaschismus und die Einbindung jüdischer und halb-jüdischer Funktionsträger blockiert. Ein Hemmnis war ebenso die starke, auch im internationalen Vergleich einmalige Präsenz säkularer jüdischer Intellektueller (Heym, Beck, Seghers, Kuczynski) und ihres literarischen und künstlerischen Schaffens. Zum anderen wurde Antisemitismus gefördert – ganz allgemein durch die Erbschaft einer postnazistischen Gesellschaft, durch fehlende empirische Forschungen, geschwächte Tabus des Faschistischen sowie durch antizionistische Vorbehalte der SED gegenüber Israel.

Der Erziehungswissenschaftler Gert Geißler setzt in seinem Beitrag das DDR-Schulsystem in einen Vergleich mit der deutschen Bildungsmobilisierung seit Mitte des 19. Jahrhunderts, also mit einem wichtigen kulturellen Modernitätsmerkmal aller bürgerlichen Gesellschaften. Vorangetrieben wurde in der DDR diese Entwicklung durch den frühen historischen Bruch mit dem bürgerlichen Bildungsprivileg, mit dem die SED-Politik nachhaltig eine neue Gleichheit der Lernbedingungen sicherte. Zugleich spielte gerade das Zehnklassen-Modell eine wichtige Rolle in der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, indem ebenso auf Leistungssteigerung wie auf ideologische Schulung im Unterricht gedrängt wurde.

Die Jubiläumskultur in ihren Widersprüchen wird von dem Philosophen H. C. Rauh auf dem Gebiet der Philosophie und von dem Transformationsforscher Ulrich Busch auf dem Gebiet der Musik, am Beispiel von Ludwig van Beethoven erörtert. H.C. Rauh sieht zunächst eine Kontinuität der Gedenkfeierlichkeiten für Philosophen in Deutschland als Teil einer allgemeinen nationalgeschichtlichen Erinnerungskultur. In seinem Beitrag zeichnet Rauh nach, wie diese Tradition bei den klassischen „Groß-Philosophen“ von Kant bis Hegel in der DDR der parteipolitisch kontrollierten ideologischen Interpretation und Umdeutung unterlag, bei denen die Klassiker des

Marxismus-Leninismus (und zeitweilig auch Stalin) als Maßstab dienten. Das Erbe „der“ deutschen Philosophie wurde somit als frühbürgerliche, d. h. vormarxistische klassische deutsche (idealistische) Philosophie klassifiziert, die vor allem als eine der wichtigsten „theoretischen Quelle des Marxismus“ (vgl. Buhr/Irrlitz 1968) betrachtet wurde. Vor diesem Hintergrund wird vor allem auch – am Beispiel Nietzsche – erklärt, welche Defizite die philosophische Erinnerungskultur in der DDR aufwies.

Ulrich Busch zeichnet in seinem Beitrag den frühen Aufstieg Beethovens zu einer Ikone sozialistischer Nationalkultur nach, die zugleich als deutsch-deutsches Einigungsband funktionieren konnte. Gleichzeitig steht diese omnipräsente Symbolfigur für eine auf das humanistische Klassikerbe verengte Kulturpolitik. Gerade die großzügig geförderten Beethoven-Jubiläen zeigen eindrucksvoll das Bemühen der SED-Politik, vor der BRD ihre eigene kulturelle Deutungshoheit und damit auch politische Legitimation zu verteidigen. Zugleich ist Beethoven als Kampffigur in der Auseinandersetzung mit einer als dekadent abgewerteten bürgerlichen Moderne eingesetzt worden. Busch zeichnet die Gegenbewegungen nach, in denen vor allem in den 1980er Jahren Beethovens Vormacht durch die Aufwertung moderner und populärer Musikströmungen allmählich schwindet.

Der Geschlechterfrage widmen sich die Beiträge von Ursula Schröter und Irene Dölling. Die Soziologin Ursula Schröter geht davon aus, dass in der DDR das Patriarchat fortexistierte, obwohl die Gleichberechtigung der Frau als Ziel formuliert und praktisch in Teilen umgesetzt worden ist. Hauptgrund sei, wie neuere ethnographische Untersuchungen nahelegen, dass das Patriarchat eine Gesellschaftsstruktur ist, die lange vor der Klassengesellschaft entstand. Insofern sei davon auszugehen, dass sich das Patriarchat nicht automatisch mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln auflöst. Es wurde insofern sowohl durch die Europäische Moderne als auch durch den ersten Sozialismusversuch gravierend verändert, aber nicht abgeschafft.

Die Soziologin und Kulturwissenschaftlerin Irene Dölling bezeichnet das Abflachen von Hierarchien und Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis, wie es durch formale Gleichstellung der Frauen und ihre Integration in Bildung und produktive Arbeit seit 1949 befördert wurde, als ein Modernitätsmerkmal der DDR. Gegenläufig wirkte allerdings eine SED-Frauenpolitik, die die Dreifachbelastung der Frauen in Arbeit, Familie und Alltag nicht beseitigte und ebenso wenig ihre politische Teilhabe in Machtpositionen beförderte. Auch wenn durchaus kulturelle Normen und Alltagspraktiken entstanden, die sich nach 1990 als zukunftstauglich erwiesen, ist für Dölling dieser „Modernitätsvorsprung“ nicht mit einer wirklichen Emanzipation der Geschlechter gleichzusetzen.

Die Geschlechterproblematik wird auch bei den Verhaltenskodizes in den sogenannten Anstandsbüchern behandelt, die sich in der DDR großer Beliebtheit erfreuten. Die Kulturwissenschaftlerin Dorothee Röseberg behandelt

die konzeptionelle Bedeutung des Werkes von Karl Kleinschmidt für die Auffassungen über das Verhältnis von Form und Inhalt im Bereich solcher Vorschriften für das Miteinander, das gute Benehmen in der DDR. Obwohl in den 1960er Jahren Gebote der sozialistischen Moral Eingang in diese Schriften finden, bleibt ein protestantischer Wertekatalog gleichzeitig grundlegend. Damit wird die These einer engen Verbindung von politischen Führungskräften und religiösen Sozialisten in den ersten Dezennien der DDR gestützt. Um den Einfluss protestantischer Ethik und Moral in der DDR geht es auch im Beitrag der französischen Germanistin, Sylvie Le Grand. Sie untersucht Bibleditionen in der DDR, die Teil der vielschichtigen und z. T. paradoxen Beziehungen staatlicher Behörden zum protestantischen Erbe, insbesondere zur biblischen Sprache und zum christlichen Gedankengut waren. Dabei belegt das Verlagsprogramm den Willen, die traditionellen Aufgaben der Bibelgesellschaft zu erweitern und die verlegerische Tätigkeit zu diversifizieren. Der Bibelverlag erscheint als ein Verlag zwischen genuin protestantischer Tradition und staatlicher Kontrolle, in dem ein kompliziertes und widersprüchliches Gutachter- und Zensurverfahren praktiziert wurde.

Mit den Beiträgen von Diane Barbe und Reinhold Viehoff kommt ein expliziter deutsch/deutscher Vergleich zur Sprache. Die französische Filmwissenschaftlerin Diane Barbe bespricht das Thema ‚Berlin‘ im Kino diesseits und jenseits der Grenze mit dem Ziel einer topographischen Analyse. Anhand ausgewählter Filmbeispiele wird ein Ost-West-Vergleich skizziert, der es ermöglicht, vor allem eine gemeinsame Tendenz in der Entwicklung der beiden deutschen Kinos zu identifizieren. Diese gemeinsame Tendenz beschreibt den Wandel von einem Berlin-Bild, das beiderseits der Mauer zunächst vorrangig als Schaufenster des eigenen Systems inszeniert wurde, hin zu Berlin-Darstellungen, die die Stadt zunehmend zu einer Bühne für Gesellschaftskritik werden lassen. Den Inszenierungen von Modernität wird dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Der Medienwissenschaftler Reinhold Viehoff vergleicht die beiden berühmten Fernsehsendungen ‚Polizeiruf 110‘ und ‚Tatort‘ und setzt seine Analyse in den Kontext des jeweils gültigen Selbstverständnisses der beiden Gesellschaften. Für die DDR wird auf das Problem verwiesen, dass ein Krimi von Verbrechen, von Normübertretungen handelt, die historisch nicht mehr vorgesehen waren. Sie galten als dem Sozialismus wesensfremd. Im Beitrag wird herausgearbeitet, wie in den Filmen vor allem die ‚Widerspruchstheorie‘ zur Grundlage der Verbrechenserklärung herangezogen wurde. Nach dieser Theorie kann Verbrechen im Sozialismus dadurch erklärt werden, dass auch im Sozialismus der grundsätzliche Widerspruch weiter existiert, nämlich zwischen individuellen Bedürfnissen, Wünschen, Begierden usw. und den gesellschaftlichen Zwängen, die deren direkte und schnelle Befriedigung verhindern. Zudem wird das Genre des Krimis im Fernsehen und die damit verbundenen normüberschreitenden Problematiken und Themen in den Kontext

eines ideologischen Medienkampfes zwischen Ost und West gerückt, bei dem stets erneut die Schwäche des jeweils anderen und die Überlegenheit des eigenen Systems demonstriert werden sollte.

Adjai Oloukpona wirft aus der Perspektive eines afrikanischen Germanisten einen retrospektiven Blick auf die DDR-Afrikawissenschaften und deren Wirkung auf dem afrikanischen Kontinent. Dabei spielt die Entdeckung des Lebens des „schwarzen Philosophen der Aufklärung“, Anton Wilhelm Amo (1703–1758), eine exemplarische Rolle. Dessen Biographie vom DDR-Historiker Burchard Brentjes, 1976 in Halle veröffentlicht, hatte wichtige Impulse für Wissenschaft, Politik und das Selbstbewusstsein afrikanischer Völker und das Ringen um Selbstbestimmung. Oloukpona vertritt die These, dass die DDR-Afrikawissenschaften, insbesondere die Arbeiten von Historikern aus der DDR, auf dem afrikanischen Kontinent wichtige Spuren hinterlassen haben, die sich besonders in der Entwicklung einer nationalen Geschichtsschreibung zeigen. Solche Spuren seien nachhaltiger als die damaligen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der DDR zu afrikanischen Staaten.

Mit diesem Beitrag ist zugleich der Horizont für eine internationale Sicht auf die Problematik DDR und Moderne eröffnet und damit auf die Frage, wie man sich heute (einer) kulturgeschichtlichen Betrachtung der DDR widmen kann.

In diesen Horizont gehört auch der Beitrag des französischen Historikers Nicolas Offenstadt, der im Anschluss an Bruno Latour für eine symmetrische Anthropologie und Geschichtsschreibung plädiert. Ausgangspunkt seiner Untersuchungen ist ganz bewusst nicht eine Unterscheidung von Verlierern, Besiegten oder Gewinnern „der Geschichte“. Ziel ist es vielmehr, allen eine Stimme zu geben.

Verschiedene Beiträge, die auf einem Podium vorgetragen worden sind, stehen ebenfalls in diesem historiographischen Zusammenhang. Anliegen ist dabei ein interdisziplinärer Dialog, der HistorikerInnen (Wolfgang Küttler, Gerd Dittrich, Caroline Moine) und KulturwissenschaftlerInnen (Dorothee Röseberg und Monika Walter) zusammenführte. Diachronie vs Komplexität und Widersprüchlichkeit von kulturellen Erscheinungen und Prozessen bildeten den Kern einer Kontroverse, die dem Leser thesenartig präsentiert wird.

Anstelle eines Nachwortes wird abschließend in einem Beitrag der Herausgeberinnen die Diskussion um Moderne vertieft. Akzentuiert wird zum einen die kritische Sicht auf die komplexe und widerspruchsvolle Geschichtlichkeit dieses gesamten Diskursfeldes und die darin sichtbar gewordene selbstreflexive Kritik der eigenen Denkvoraussetzungen. Besondere Beachtung findet die Doppelauslegung der Begrifflichkeit Moderne, die sich zum einen auf ein geschichtsphilosophisch-anthropologisch begründetes „Projekt der Moderne“, zum anderen auf die Analyse der tatsächlichen weltweiten Modernisierungsprozesse durch Historiker, Soziologen und Kulturwissenschaftler bezieht. Schließlich und zentral geht es in diesem Beitrag

um die Frage, welche Erkenntnisgewinne gerade von der Untersuchung sozial-kultureller Dimensionen zu erwarten sind, wenn es um einen Vergleich zwischen kapitalistisch und sozialistisch organisierten Moderne-Varianten geht. Ziel eines solchen Vergleichs soll die Verortung des gescheiterten Gesellschaftsexperiments der DDR in einer weltweiten Vergleichsperspektive bzw. in einem „zukünftigen globalen Diskurs der Moderne“ sein.